

# Takaschuf ist das Wort der Stunde

## Der Verfall des Ölpreises macht Algerien zum Pulverfass / Wie sicher sind die Herkunftsländer im Maghreb? / von Jürgen Liminski

Er tut was. Bundesinnenminister Thomas de Maiziere hat auf seiner Reise durch die „sicheren Herkunftsländer“ des Maghreb - Marokko, Tunesien, Algerien – Vereinbarungen mit den jeweiligen Regimen getroffen, die die Abschiebung von Wirtschaftsmigranten erleichtern. Es war eine ebenso sinnvolle wie präventive Arbeitstour. Der Begriff der sicheren Herkunftsländer ist freilich umstritten. Der Innenminister hat bei seinen Gesprächen in Palästen und Residenzen zwar viel von stabilen Verhältnissen gehört und im Vergleich zu Libyen oder gar Syrien sind die drei besuchten Länder in der Tat Oasen der Stabilität. Aber das haben Besucher vor fünf Jahren, vor Ausbruch der Arabellion, auch schon von Ägypten und Libyen gesagt. Dann kam die Stichflamme aus der Tiefe, zunächst in Tunesien, dann Ägypten und schließlich Libyen, um nur in Nordafrika zu bleiben. Algerien und Marokko allerdings blieben ruhig. Dort funktionieren die Geheimdienste und die Mechanismen der Unterdrückung von politischen Freiheitsgelüsten. Marokko hat zudem einen König, der kleine Freiheiten erlaubt und als direkter Nachkomme des Propheten besonderes Ansehen in der Bevölkerung genießt.

Algerien aber ist ein Pulverfass mit glimmender Lunte, von der jedoch niemand weiß wie lang sie ist. Der 78jährige Präsident Bouteflika ist seit seiner Antrittsrede zur vierten Amtszeit im April 2014 öffentlich nicht mehr aufgetreten. Mit Besuchern kommuniziert er mit kaum hörbarer Stimme über ein kleines Mikrofon am Revers. Was passiert, wenn seine Krankheit ihn dahinrafft? Das Land ist reich an Erdgas (zehn Prozent der weltweiten Vorkommen), die Einkommen aus dieser Ressource machen 60 Prozent des Haushalts aus. Aus diesen sprudelnden Quellen wurden das Volk seit Jahren großzügig aus- und die Preise für Grundnahrungsmittel niedrig gehalten. Aber die Quelle sprudelt nicht mehr. Der Preisverfall bei Öl und Gas trifft die Mono-Wirtschaft hart, man fährt nur noch auf Sicht und schöpft aus den Reserven. Die Devisenreserven sind zwischen September 2014 und Oktober 2015 um mehr als 40 Prozent geschrumpft, das Haushaltsdefizit dürfte in diesem Jahr die Zehn-Prozent-Marke leicht überspringen. Die Rechnung ist einfach: Für einen ausgeglichenen Haushalt müsste der Preis für ein Fass Öl bei 93 Euro liegen, im Moment liegt er bei 33 Euro.

Die Lage zwingt das Regime mit dem verstummenden Präsidenten spätestens in diesem Jahr zu harten Maßnahmen. Sie werden die Investitionen betreffen. Die Zeit ist vorbei, da die Prestigeprojekte im wahrsten Sinn des Wortes in den Himmel wuchsen. Zwar wird man den Bau der Dschamaa al Dschasair-Moschee mit dem höchsten Minarett der Welt (240 Meter) fortsetzen. Zuviel wurde über sie geschrieben und zu weit ist der von deutschen Architekten entworfene Bau dank mehr als tausend chinesischen Arbeitern fortgeschritten. Mehr als hunderttausend

Gläubige wird die Moschee fassen. Aber andere Planungen bleiben in der Schublade. Takaschuf ist das Wort der Stunde – Sparpolitik. Im Moment steigt in der Tat nur die Inflation. Sie liegt bei 25 Prozent. Die Kaufkraft sinkt und die Menschen horten Dollars und Euros, solange sie von ihrem Durchschnittsgehalt (250 Euro/Monat) noch etwas abzweigen können. Die Zeiten sind jedenfalls vorbei, da der Liter Super 15 Cents kostete. Er wurde jetzt um fünf Cents erhöht. Aber das ist nur der Anfang. Die Preise für Strom und Tabak werden ebenfalls bald steigen, weil die Steuern darauf in die Höhe schnellen. Wenn das Manna jedoch nicht mehr vom Regime-Himmel fällt, gehört nicht viel Prophetengabe dazu, soziale Unruhen vorherzusagen.

Das Szenario ist für Europa beunruhigend. In Paris blickt man mit Sorge auf die ehemalige Kolonie. Denn wenn Unruhen ausbrechen wird der Terrorverbund Islamischer Staat mitmischen wollen, so wie jetzt schon in Libyen. Das Trauma des jahrzehntelangen Bürgerkriegs zwischen Regime und Islamisten regt sich wieder. Ein zweites Syrien vor der Haustür mit entsprechenden Flüchtlingsbewegungen in Richtung Europa, vor allem Frankreich, ist nach Ansicht von Experten durchaus möglich. De Maiziere hat gut daran getan, sich beizeiten ein realistisches Bild von den sicheren Herkunftsländern zu verschaffen.